

Antrag

der Abgeordneten Birgit Homburger, Marita Sehn, Ulrike Flach, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Klaus Haupt, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Heinrich, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Gudrun Kopp, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Kyotomechanismen für die nationale Klimapolitik Deutschlands nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Eindruck der Verhandlungsergebnisse der Bonner Weltklimakonferenz und des jüngsten Richtlinienentwurfs der EU-Kommission, wonach der Handel mit Treibhausgasen in einer Pilotphase ab 2005 mit bis zu 5 000 europäischen Unternehmen versuchsweise eingeführt und ab 2008 für energieintensive Branchen mit verbindlichen und individuellen Emissionsobergrenzen vorgeschrieben werden soll, muss die Bundesregierung zu diesem Themenbereich endlich eine konkrete Position beziehen. Auch für Deutschland muss festgelegt werden, wie der Handel mit Treibhausgasemissionen auf nationaler Ebene in den Rahmen einer modernen Klimaschutzpolitik gestellt werden soll und auf welche Weise dies mit den Entwicklungen und Erfordernissen auf europäischer Ebene kompatibel gestaltet werden kann. Dazu muss eine Ratifizierung des Kyotoprotokolls in Deutschland zügig auf den Weg gebracht werden, um eine Nutzung der Kyotomechanismen auf nationaler Ebene zu gewährleisten. Mit Blick auf ein zu entwickelndes klimapolitisches Gesamtkonzept Deutschlands gilt es, dabei auch von den Erfahrungen anderer europäischer Länder zu profitieren, in denen die modernen Instrumente des Kyotoprotokolls längst praktisch eingesetzt werden.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt das nationale Klimaschutzziel, die Kohlendioxidemissionen in Deutschland bis zum Jahre 2005 gegenüber 1990 um 25 v. H. zu senken. Dabei ist entscheidend, dass pro eingesetzter Mark soviel Kohlendioxid wie möglich vermieden wird. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Börsenhandel mit Emissionszertifikaten für Treibhausgase in Deutschland unverzüglich eingeführt werden. Eine Nutzung der wirtschaftlichen Chancen, welche die flexiblen Mechanismen des Kyotoprotokolls bieten, ist dabei kein Selbstzweck. Der weit überwiegenden wirtschaftswissenschaftlichen Einschätzung folgend ist jedoch davon auszugehen, dass die flexiblen Instrumente des Kyotoprotokolls am ehesten gewährleisten, dass klimapolitische Ziele kostenminimal verwirklicht werden. Hilfreich ist der Sachverhalt, dass eine langfristige Orientierung am Klimaschutz auch ein Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen im internationalen Wettbewerb ist. Im eigenen wirt-

schaftlichen Interesse investieren Unternehmen in Maßnahmen zur Energieeinsparung, zur Erhöhung der Energieeffizienz und in die Nutzung alternativer Energieträger; überdies findet ein Handel mit Emissionszertifikaten im Vorgriff auf staatliche Maßnahmen in bestimmten Unternehmen schon seit geraumer Zeit statt. Die ökonomischen Chancen, die ein moderner Klimaschutz auch für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland eröffnen könnte, dürfen nicht verspielt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- dem Deutschen Bundestag darzulegen, welche Haltung die Bundesregierung zu dem Richtlinienentwurf der EU-Kommission vom 14. September 2001 einnimmt, welcher einen Rahmen für den Handel mit Treibhausgasemissionen innerhalb der Europäischen Union vorschlägt,
- dem Deutschen Bundestag darzulegen, wie die modernen Instrumente internationaler Klimapolitik mit den Maßnahmen im Rahmen des Nationalen Klimaschutzprogramms der Bundesregierung – insbesondere mit der so genannten Ökosteuern und der Selbstverpflichtungserklärung der Deutschen Wirtschaft (Vereinbarung zur Klimavorsorge) – verknüpft werden sollen,
- die institutionellen, rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für einen Börsenhandel mit Emissionszertifikaten für Treibhausgase zu schaffen und den Emissionsrechtelhandel in Deutschland einzuführen, um die deutsche Bevölkerung und den Mittelstand auf den Einsatz flexibler Instrumente zum Klimaschutz vorzubereiten,
- auf diesem Wege wirtschaftliche Anreize für Unternehmen zu schaffen, deren Tätigkeitsfeld im Bereich der Entwicklung und der Nutzung klimarelevanter Technologien liegt,
- in diesem Sinne für Deutschland ein klimapolitisches Gesamtkonzept unter Nutzung der flexiblen Mechanismen des Kyotoabkommens zu entwickeln und dieses Konzept mit den europäischen Initiativen zum Klimaschutz abzustimmen,
- unverzüglich alle Schritte zu unternehmen, welche für eine deutsche Ratifizierung des Kyotoabkommens erforderlich sind und sich bei den Partnern in der EU sowie international für eine Ratifizierung des Abkommens einzusetzen.

Berlin, den 16. Oktober 2001

Birgit Homburger

Marita Sehn

Ulrike Flach

Ina Albowitz

Hildebrecht Braun (Augsburg)

Rainer Brüderle

Ernst Burgbacher

Jörg van Essen

Horst Friedrich (Bayreuth)

Hans-Michael Goldmann

Joachim Günther (Plauen)

Klaus Haupt

Dr. Helmut Haussmann

Ulrich Heinrich

Dr. Werner Hoyer

Ulrich Irmer

Gudrun Kopp

Dr. Heinrich L. Kolb

Jürgen Koppelin

Dirk Niebel

Günther Friedrich Nolting

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

Detlef Parr

Cornelia Pieper

Dr. Edzard Schmidt-Jortzig

Dr. Irmgard Schwaetzer

Dr. Hermann Otto Solms

Carl-Ludwig Thiele

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion